

**Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses
am Freitag, den 29.02.2008, im Ausschusszimmer des Kreishauses
Warendorf (4. OG, Zi. C4.26)**

**Beginn: 09:03 Uhr
Ende: 10:05 Uhr**

	Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1. Bericht der Verwaltung	3
2. Sonderfonds zur Unterstützung bei Notlagen im Rahmen der Familienplanung; hier: Abschluss von Vereinbarungen mit den Schwangerenberatungsstellen über die Verteilung der Mittel aus dem Sonderfonds	7
3. Beitritt des Kreises Warendorf zum Verein "Westfalen-Initiative e.V."	9
4. Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien	10
<u>II. Nichtöffentlicher Teil</u>	
1. Vergabe der Ingenieurleistungen für die Entwurfsplanung zum Ausbau der Kreisstraße 13 sowie Neubau von zwei Brücken über die DB-Strecke Hamm-Hannover und den Axtbach	11
2. Vergabe der Ingenieurleistungen für die Fassadensanierung am Berufskolleg in Beckum, Hansaring 11	12
3. Ankauf einer Ausgleichsfläche	13

Anlagen

- Anlage 1 Vertragsentwurf der Vereinbarungen mit den Beratungsstellen für Schwangere und Schwangerschaftskonflikte im Kreis Warendorf

Anwesend:

Vorsitz	
Gericke, Olaf Dr.	
Mitglieder des Kreisausschusses	
Arnkens-Homann, Dagmar	
Birkhahn, Astrid	
Buschkamp, Franz-Josef	
Bürsmeier-Nauert, Mechtild	Vertretung für Herrn Peter Kreft
Hild, Karl-Wilhelm	
Juli, Reimund	
Kaup, Winfried	
Krause, Winfried	
Müller, Eckehard	
Ommen, Detlef	
Steiner, Hans-Rüdiger	
Strautmann, Klaus Dr.	anwesend bis 09.36 Uhr (TOP 1)
Tünste-Poschmann, Hildegard	
Wartala, Franz-Jörg	
Wiemann, Norbert	
von der Verwaltung	
Börger, Heinz Dr.	
Funke, Stefan Dr.	
Hansen, Peter Dr.	
Gnerlich, Friedrich	
Seidel, Ansgar	
Kampelmann, Norbert	
Rogoski, Nicole	

Es fehlten entschuldigt:**Mitglieder des Kreisausschusses**

Kreft, Peter

Landrat Dr. Gericke eröffnet um 09.03 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreisausschusses sowie die Vertreter der Presse.

Er stellt fest, dass der Kreisausschuss mit Einladung vom 15.02.2008 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

I. Öffentlicher Teil**1. Bericht der Verwaltung****Vorstellung des neuen Persönlichen Referenten des Landrats**

Landrat Dr. Gericke stellt seinen neuen Persönlichen Referenten, Herrn Ansgar Seidel, kurz vor.

Bericht zur Lage der WestLB

Landrat Dr. Gericke erklärt, dass Herr Hild, Herr Juli und Herr Bing neben seiner Person in Sparkassengremien vertreten seien. Selbstverständlich gebe er nur Informationen bekannt, die öffentlich seien.

Anhand eines powerpointgestützten Vortrages berichtet Dr. Gericke zur Lage der WestLB, in der er insbesondere auf das Eckpunktepapier vom 08. Februar 2008 sowie dessen Auswirkungen auf die Sparkasse Münsterland Ost und den Kreis Warendorf eingeht.

- Herr Müller:

Es sei nicht das erste Mal, dass die WestLB tief in den Sumpf gegriffen habe, und es sei an Zynismus nicht mehr zu überbieten. Nicht einmal die HeLaBa möchte inzwischen mit der arroganten WestLB zusammentreten.

Es sei an der Zeit, dass nun auch endlich einmal Köpfe rollten. Die Bank spiele mit Milliardenbeträgen und die Städte und Gemeinden müssten dafür wieder einmal mit dem Finanzausgleich herhalten.

Diesmal müssten auch Verantwortliche zur Rechenschaft herangezogen werden.

- Landrat Dr. Gericke:

Der Einwand sei völlig richtig. Er sei sich sicher, sobald die strategischen Grundlagen geklärt seien, würden auch die Verantwortlichkeiten geklärt.

- Herr Hild:

Einer der Verantwortlichen stehe bereits vor Gericht, ein anderer sei entlassen worden. Wenn sich die Lage etwas beruhigt habe, müsse seiner Meinung nach über die Verantwortlichkeiten des gesamten Vorstandes bzw. über Managerhaftung nachgedacht werden.

- Landrat Dr. Gericke:

Bei den verschiedenen Risiken müsse fein unterschieden werden. Auf der einen Seite stehe ein nicht funktionierendes Geschäftsmodell. Auf der anderen Seite sei es nicht eingängig, wie eine Bank 90% der Aktien angehäuft habe, und keiner in verantwortlicher Position etwas gemerkt haben wolle. Genau diese Geschäfte seien eben nicht in die Aufsichtsgremien hineingelangt.

- Herr Dr. Strautmann:

Die Politik sei nicht gefordert. Vielmehr sei das Geschäftsmodell der Bank zusammengebrochen. Auf Dauer sei dies ein nicht tragfähiges Modell. Sollte es keine Änderungen geben, würden die Kommunen auch weiterhin für die Verluste der Bank einstehen müssen.

- Herr Müller:

Wenn es seit Jahrzehnten kein funktionierendes Geschäftsmodell für die Bank gebe, müsse man sich davon verabschieden.

- Landrat Dr. Gericke:

Bei einer Abwicklung der Bank gehe es um einen mittleren zweistelligen Milliardenbetrag. Diese Summen könnten die Eigentümer nicht aufbringen. Das sei unmöglich.

- Herr Juli:

In der Tat sei zu unterscheiden zwischen dem nicht funktionierenden Geschäftsmodell und anderen Ursachen.

Im vergangenen Jahr habe der WestLB ein Angebot der Württembergischen Landesbank vorgelegen. Dies sei nicht angenommen worden, weil die Verantwortlichen die WestLB noch weiter hatten aufwerten wollen. Jetzt sei das Dilemma da.

Aus seiner Sicht sei auch die Bundesregierung ein Stück weit gefordert. Die Bankgeschäfte müssten neu organisiert werden.

Novellierung des Rettungsbedarfsplanes

- Herr Dr. Hansen:

Mit der Novellierung des Rettungsgesetzes NRW im Jahr 1999 sei es zur Pflicht geworden, den Rettungsdienstbedarfsplan kontinuierlich zu überprüfen und bei Bedarf, jedoch spätestens alle 4 Jahre, zu ändern.

Der derzeit geltende Bedarfsplan sei im Zeitraum 2000 / 2001 aufgestellt worden. Ende 2001 hätten Kreisausschuss und Kreistag diesem Plan zugestimmt.

Wegen verschiedener strittiger Punkte habe die Bezirksregierung Münster 2004 endgültige Festlegungen getroffen.

Der Kreis beabsichtige nun, den Rettungsdienstbedarfsplan wieder zu ändern. Damit beginne ein umfangreiches gesetzlich festgelegtes Beteiligungsverfahren, das erheblichen Zeitraum in Anspruch nehmen werde, bevor der geänderte Plan dem Kreisausschuss und Kreistag zur Zustimmung vorgelegt werden könne.

Zeitplan für den ersten NKF-Jahresabschluss 2007

- Herr Dr. Funke:

Die ehrgeizige zeitliche Vorgabe für die Zuleitung des kaufmännischen Jahresabschlusses an den Kreistag könne in diesem Jahr nicht eingehalten werden.

Die Gemeindeordnung sehe vor, dass der Kämmerer den Jahresabschluss aufstelle und ihn dem Landrat zur Bestätigung zuleite. Der Landrat leite diesen wiederum bis zum 31. März des Folgejahres, also in diesem Fall bis zum 31.03.2008, dem Kreistag zur Feststellung zu.

Es sei jedoch keine Kommune in Nordrhein-Westfalen bekannt, die diesen ehrgeizigen Termin bei ihrem ersten NKF-Jahresabschluss habe einhalten können. Das Innenministerium prüfe, ob der Termin überhaupt gehalten werden solle.

Die Verwaltung benötige noch etwas Zeit, um einen soliden Jahresabschluss aufzustellen.

Es sei vorgesehen, den Entwurf des Jahresabschlusses 2007 in der nächsten Finanzausschusssitzung am 30. Mai vorzustellen und diesen am 20. Juni in den Kreistag einzubringen.

Mit der Vorsitzenden des Finanzausschusses sowie mit den Rechnungsprüfern sei das Verfahren abgestimmt.

2.	Sonderfonds zur Unterstützung bei Notlagen im Rahmen der Familienplanung; hier: Abschluss von Vereinbarungen mit den Schwangerenberatungsstellen über die Verteilung der Mittel aus dem Sonderfonds	181/2008
----	--	-----------------

Herr Wartala erklärt sich zu diesem Tagesordnungspunkt als befangen und nimmt an der Diskussion sowie der anschließenden Abstimmung nicht teil.

- KD Dr. Börger:

Die Verwaltung sei der Auffassung, dass der Betrag in Höhe von 15.000 € im Sinne von § 2 Abs.2 Schwangerschaftskonfliktgesetz (SchKG) auf die Beratungsstellen verteilt werden solle. Er halte es für sachgerecht, an diese Voraussetzungen anzuknüpfen.

Der Sozialausschuss sei ebenfalls dieser Meinung. Inzwischen habe ihn ein Schreiben einiger Mitarbeiterinnen der Beratungsstellen erreicht, indem erklärt werde, dass das Geld nicht entsprechend § 2 SchKG, sondern besser nach der Anzahl der Beraterinnen verteilt werde. Das führe im Ergebnis dazu, dass PariSozial mehr Geld erhalte und die anderen Beratungsstellen etwas weniger, weil PariSozial nicht so viele Beratungen nach § 2 SchKG durchführe.

Aufgrund des Schreibens der Mitarbeiterinnen der Beratungsstellen habe er in den letzten zwei Tagen Kontakt mit den jeweiligen Geschäftsführern bzw. Vorsitzenden aufgenommen. Bis auf den Geschäftsführer von PariSozial hätten sich alle anderen dafür ausgesprochen, dass es bei der geplanten Verteilung bleiben solle.

Herr Müller erkundigt sich, ob es im Vorfeld seitens der Verwaltung Gespräche mit allen fünf Trägern gegeben habe.

- KD Dr. Börger:

Im Vorfeld habe es nur Gespräche mit Donum Vitae gegeben. Von dort sei signalisiert worden, dass man mit dem Verfahren einverstanden sei.

- Herr Juli:

Er sehe nur marginale Unterschiede zwischen den zwei Modellen.

- Frau Birkhahn:

Es sei zu berücksichtigen, dass alle fünf Träger bei der Antragstellung zusammengesessen hätten. Donum Vitae habe dann den Auftrag bekommen, federführend mit der Verwaltung Gespräche zu führen.

Seitens der Verwaltung werde zügig gearbeitet und man solle die Angelegenheit jetzt nicht hinauszögern, sondern das Geld zur Verfügung stellen, damit den Betroffenen geholfen werden könne.

- Frau Arnkens-Homann:

Es sei wichtig, dass das Geld möglichst schnell bei den Betroffenen ankomme. Deswegen solle jetzt eine Entscheidung getroffen werden.

In einem Jahr könne dann noch einmal geprüft werden, welches Verteilungsmodell geeigneter sei.

- Herr Müller:

Er spreche sich ebenfalls dafür aus, dass das Geld den Betroffenen so schnell wie möglich zugute kommen solle.

Es sei allerdings befremdlich, dass Mitarbeiterinnen der Träger ohne Kenntnis der Geschäftsleitungen mit abweichenden Vorschlägen an den Kreis heranträten.

Daher halte er die besprochene Vorgehensweise für richtig.

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, auf der Grundlage des beigefügten Vertragsentwurfs Vereinbarungen mit den Beratungsstellen für Schwangere und Schwangerschaftskonflikte im Kreis Warendorf zu treffen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

3.	Beitritt des Kreises Warendorf zum Verein "Westfalen-Initiative e.V."	200/2008
-----------	--	-----------------

- LR Dr. Gericke:

Die Westfalen-Initiative sei eine überparteiliche und ganz Westfalen umfassende Vereinigung, die sich zum Ziel gesetzt habe, den Gedanken einer starken Region Westfalen zu fördern.

Der im Jahr 1998 verstorbene Unternehmer Martin Leicht habe einen großen Teil seines Vermögens der Stiftung "Westfalen-Initiative für Eigenverantwortung und Gemeinwohl" vermacht. Inzwischen sei aus der Stiftung ein Verein geworden, der inzwischen über 110 Mitglieder habe.

Herr Hild erklärt, dass das regionale Verständnis bewahrt werden solle. Daher sei es wichtig, der Initiative beizutreten.

Er schlägt vor, den Landrat sowie den Kreisdirektor als Mitglied bzw. Stellvertreter zu benennen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreis Warendorf wird Mitglied des Vereins "Westfalen-Initiative e.V.", Piusallee 6, 48147 Münster.
2. In die Mitgliederversammlung des Vereins "Westfalen-Initiative e.V." wird entsandt:
Landrat Dr. Olaf Gericke, Stellvertreter: Kreisdirektor Dr. Heinz Börger

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

4. Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien**199/2008****Beschlussvorschlag:**

Anstelle von Herrn Hermann Klaes wird Herr Marc-André Burgdorf als 2. stellvertretendes Mitglied in die Verbandsversammlung des "Zweckverbandes Studieninstitut für kommunale Verwaltung Westfalen-Lippe" entsandt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Landrat Dr. Gericke um 10.05 Uhr die Sitzung.

Dr. Olaf Gericke
Landrat

Dr. Heinz Börger
Schriftführer